

Veranstaltungsreihe „Frauen. Machen. Demokratie.“

Über Klischees und Frauenrollen im geteilten Deutschland

Zum zweiten Termin seines Veranstaltungsformates „akten_kundig – Der Feierabendplausch“ lud der DBB NRW am 17. Juni 2025 in seine Geschäftsstelle. Im Rahmen der frauenthematischen Veranstaltungsreihe „Frauen. Machen. Demokratie.“ ging es um Perspektiven auf Frauen in beiden deutschen Staaten während der deutschen Teilung.

Passend zum 72. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953 begrüßte der 1. Vorsitzende des DBB NRW, **Roland Staude**, als besonderen Gast der Veranstaltung Herrn **Prof. Dr. Roland Schneider**. Als Zeitzeuge und einer der wenigen noch lebenden Volksaufstand-Veteranen erzählte Prof. Dr. Schneider viel über seine Erlebnisse als Oberschüler im Umfeld der damaligen Proteste in seiner früheren Heimatstadt

Zschopau im sächsischen Erzgebirge, die für die vergangenen Zschopauer Motorradwerke mit ihren Marken „DKW“ und „MZ“ bis in die frühe Nachwendezeit weltweite Bekanntheit erlangt hatte. Nach seinem Abitur 1955 verließ Roland Schneider mangels Bildungschancen die DDR und ging nach Westdeutschland, da er im „demokratischen Sozialismus“ des sogenannten Arbeiter- und Bauernstaates als Kind eines Akademikers, trotz Abitur, von einem Studium ausgeschlossen wurde. Nach seinem Studium an der Technischen Hochschule Braunschweig war er unter anderem auch Hochschullehrer für Softwaretechnologie an der Fachhochschule Dortmund und lehrte mehrere Jahre an den Universitäten Düsseldorf und Stettin (Polen).

Nach diesem kleinen Exkurs referierte die Direktorin der Bun-



Dr. Anna Kaminsky, Prof. Dr. Roland Schneider und Roland Staude

desstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und Autorin **Dr. Anna Kaminsky** über „Frauen in Ost und West“ und zeigte verschiedene Entwicklungsstränge, aber auch gemeinsame Probleme auf, mit denen Frauen im geteilten Deutschland konfrontiert waren. Wie lebten Frauen? Wie schafften sie es, Berufstätigkeit, Mutterschaft und Emanzipation unter einen Hut zu bringen und bei alldem motiviert durchs Leben zu gehen? Hierbei legte Frau Dr. Kaminsky dar, dass auch in der DDR die tatsächliche Gleichberechtigung und Gleichstellung nur formal

bestand und Frauen, wie auch in Westdeutschland, überwiegend in „einfachen“ Beschäftigungsverhältnissen standen und die Hauptlast von Hausarbeit und Kindererziehung trugen. Lasten, die nicht selten zum staatsseitig verschwiegene Arzneimittelmissbrauch führten oder für hohe Scheidungsraten sorgten. Frau Dr. Kaminsky gelang es auf unterhaltsam-informative Weise einen Gesamtblick auf die Situation von Frauen in der DDR und der Bundesrepublik zu werfen, der das politische Leben genauso einschloss wie das berufliche und das private. MM



Die Autorin Dr. Anna Kaminsky signiert ihr Buch „Frauen in der DDR“.



Ausstellungsrundgang durch die Geschäftsstelle

© DBB NRW | Christian Kratzsch (3)

2 In tiefer Trauer

Nachruf auf den früheren Bundesvorsitzenden Uli Silberbach



6 Auf der Zielgeraden

Zusammenfassung der Werkstattgespräche mit der Landesregierung



7 Networking auf kurzen Wegen

Sommerliche Netzwerkgespräche mit den Landtagsfraktionen



Nachruf

Ulrich Silberbach verstorben

Nach geduldig ertragener schwerer Erkrankung ist am 25. Juni 2025 im Alter von 63 Jahren unser ehemaliger Bundesvorsitzender **Ulrich Silberbach** verstorben. Uli hatte bis zum Schluss mit aller Kraft gekämpft, nun hat er den Kampf gegen seine Krebserkrankung verloren.

Unser ganzes Mitgefühl gilt in diesen Stunden und Tagen seiner Familie, der seine Liebe und Zuwendung galt, und seinen Freunden und Weggefährten, die Uli begleitet haben. Als DBB NRW verlieren wir mit unserem Ehrenmitglied Uli Silberbach nicht nur einen Bundesvorsitzenden, der sich mit Leib und Seele für den dbb und vor allem für die Kolleginnen und Kollegen eingesetzt hatte, sondern, gerade als sein Heimatverband, einen langjährigen, engagierten Mitstreiter sowie guten und geschätzten Freund.

Uli konnte auf die Menschen zugehen, ihnen zuhören und Sorgen und Wünsche aufnehmen. Seine freundliche rheinische Art hat ihm dabei viele Türen geöffnet. Uli Silberbach war ein aufrechter, streitbarer Gewerkschafter, der keinen Konflikt scheute und für die gewerkschaftspolitischen Themen des dbb brannte: Sei es in Tarifverhandlungen oder in Gesprächen mit der Politik – das Eintreten für einen starken und gut aufgestellten öffentlichen Dienst sowie für unseren freiheitlichen Rechtsstaat war ihm stets ein Herzensanliegen, dem er mit Nachdruck nachgegangen ist. Das Streben nach gesellschaftlichem Miteinander und einem fairen Ausgleich der Interessen waren für Uli Silberbach nicht nur Floskeln in Sonntagsreden – dafür hat er sich leidenschaftlich eingesetzt.

Ulrich Silberbach wurde am 27. August 1961 in Köln geboren

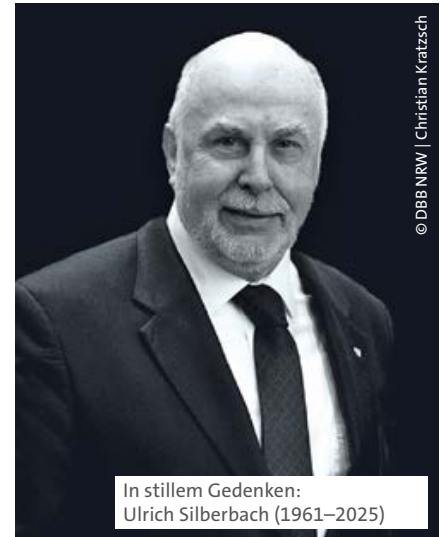
und hinterlässt seine Ehefrau und drei Kinder. Nach einer Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten bei der Stadt Köln war er dort im Ordnungswesen tätig, bevor er sich seiner umfangreichen gewerkschaftlichen Laufbahn zunächst in der komba nrw und dann als deren Landesvorsitzender und von 2011 bis 2017 als Bundesvorsitzender der komba gewidmet hat. Von 2001 bis 2014 war er darüber hinaus Vorstandsmitglied im DBB NRW.

Seit 2003 war Ulrich Silberbach in verschiedenen dbb Gremien vertreten: seit 2003 im dbb Bundeshauptvorstand und seit 2006 im dbb Bundesvorstand. 2011 wurde er stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb. 2017 wurde er

erstmals zum dbb Bundesvorsitzenden und 2022 für eine weitere Amtszeit gewählt. Bis zuletzt hat er das Amt ausgeübt – kompetent, entschlossen und zugewandt.

Ulrich Silberbach hinterlässt eine große Lücke: als streitbarer Gewerkschafter, überzeugter Demokrat und freundlich verbindender Mensch.

Wir werden ihn sehr vermissen und ihm ein ehrendes Andenken bewahren! **MM**



In stillem Gedenken:
Ulrich Silberbach (1961–2025)

© DBB NRW | Christian Kratzsch

Gewalt

Nach Initiative des DBB NRW

Innenminister Reul bringt Fahrerlaubnisentzug in die Fläche

Jetzt kommt neuer Schwung in die Forderung nach dem Entzug der Fahrerlaubnis für Gewalttäter! NRW-Innenminister **Herbert Reul** bringt den Vorstoß voran, für den sich der DBB NRW bereits seit über einem Jahr starkmacht.

Die Zahlen sind alarmierend: Jeder vierte Beschäftigte im öffentlichen Dienst hat bereits Gewalt erlebt. Ob bei der Polizei, Feuerwehr, im Jobcenter, als Gerichtsvollzieher oder in anderen Bereichen – die Kolleginnen und



NRW-Innenminister Herbert Reul im Gespräch mit Roland Staudé

© DBB NRW | Christian Kratzsch

Kollegen werden täglich angegriffen. Diese Übergriffe haben inzwischen eine neue, besorgniserregende Intensität erreicht.

Roland Staudé, 1. Vorsitzender des DBB NRW: „Die rechtlichen Möglichkeiten für einen Entzug der Fahrerlaubnis sind gegeben, deshalb müssen für eine Umsetzung jetzt die notwendigen PS auf die Straße gebracht werden.“ Der Schutz der Kolleginnen und Kollegen erfordere konkretes Handeln – Lippenbekenntnisse gebe es in

dieser Frage schon viel zu lange. NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) will nun den Druck auf solche Straftäter erhöhen. „Wer Menschen in Uniform angreift, dem fehlt es an dem Nötigsten: Respekt, Haltung und Anstand. Diese Taten verdienen klare Antworten des Rechtsstaates“, sagte er gegenüber der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ). Er bestätigte somit einen Bericht

der „Neuen Westfälischen“ über Pläne, Gewalttätigen den Führerschein wegzunehmen: „Das ist für den einen oder anderen schmerzhafter als eine Geldstrafe. Das sehen wir bei Messertätern oder Leuten aus der Tuner-Szene.“

Seit 2017 besteht bereits die gesetzliche Möglichkeit, ein Fahrverbot auch dann zu verhängen, wenn die Straftat kei-

nen direkten Zusammenhang zum Straßenverkehr aufweist. Für viele Täter ist der Führerscheinentzug schmerzhafter als eine Geldstrafe – diese Sanktion muss bei mangelnder charakterlicher Eignung zum Führen eines Kraftfahrzeuges konsequent angewendet werden.

Der DBB NRW fordert als Vertreter von rund 200 000 Be-

schäftigten im öffentlichen Dienst mehr Tempo bei verschärften Maßnahmen gegen Straftäter. Wenn es um die Sicherheit der Beschäftigten geht, dürfen wir uns keine weiteren Zeitverzögerungen leisten. Jetzt sind also die kommunalen Straßenverkehrsbehörden am Zug, ihre vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten auch auszu-schöpfen. **MM**

Veranstaltungshinweis

Ausstellungstipp

Jupp Darchinger. Das Auge der Republik

Josef Heinrich „Jupp“ Darchinger hat wie kein zweiter Bildjournalist seiner Zeit die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Bundesrepublik Deutschland begleitet, von den Wirtschaftswunderjahren bis zur Wiedervereinigung Deutschlands. Anlässlich seines 100. Geburtstags im August 2025 präsentiert das LVR-Landesmuseum Bonn in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 12. Juni bis zum 14. September die Ausstellung „Jupp Darchinger. Das Auge der Republik“. Die Schau wirft Schlaglichter auf das bedeutende Schaffen des 2013 verstorbenen Bonner Fotografen und eröffnet neue Einblicke in sein umfangreiches Werk.

Als kritischer Chronist prägte Darchinger das visuelle Gedächtnis einer ganzen Epoche. Geboren 1925, kam er als junger Soldat schwer verletzt aus der gescheiterten Ardennenoffensive Anfang 1945 zunächst in amerikanische, dann in französische Kriegsgefangenschaft. Erst nach dem Krieg traute sich der als Landwirt ausgebildete Darchinger, den Beruf des „Fotojournalist“ zu ergreifen – eine Bezeichnung, die er 1952 selbst wählte, da er sich mangels Ausbildung nicht Fotograf nennen durfte.

Seine Aufnahmen von Persönlichkeiten wie Willy Brandt und Helmut Schmidt, aber auch von „kleinen Leuten im großen Geschehen“ sind Ikonen der Zeitgeschichte. Darchinger war immer dicht an den Politikern, aber stets auch um Distanz bemüht. Ein Fotograf müsse immer Abstand wahren, dann sehe er mehr – das war sein Motto. Viele Politiker kannte er über Jahrzehnte, und sie öffneten ihm auch ihre Privaträume. So wurde er eine veritable Institution der Bonner Republik – immer angetrieben von einer sich selbst auferlegten Chronistenpflicht. Staatsbesuche, Auslandsreisen, Parteitage – wo andere Fotografen hinwollten, war er meist schon bei sei-

ner Arbeit. Sein Ziel waren keine steifen Handshake-Bilder, sondern situative, aussagekräftige Aufnahmen.

Rund 130 fotografische Arbeiten sowie Dokumente und fotografisches Equipment bezeugen sein herausragendes bildjournalistisches Schaffen. Die Ausstellung vertieft unterschiedliche Aspekte der Arbeitsweise und Bildsprache Darchingers und richtet erstmals auch einen Blick auf den Arbeitsalltag und in das Studio des Bonner Fotografen.

Neben farbintensiven Alltagsszenen aus der Zeit des Wirtschaftswunders und bekannten Porträts politischer Größen

wie Willy Brandt, Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker und Helmut Kohl, die Darchinger über viele Jahre begleitete, zeigt die Ausstellung auch einzigartige Momentaufnahmen, um die sich eindrucksvolle Entstehungsgeschichten ranken. Besonders in seiner Heimatstadt und dem Regierungssitz Bonn gelangen ihm einzigartige Bilder aus dem Herzen der Demokratie, denen die Ausstellung einen eigenen Raum widmet.

Im Jahr 2008 übergab Darchinger sein Bildarchiv an die Friedrich-Ebert-Stiftung. Das Archiv der sozialen Demokratie bewahrt seither rund 1,6 Millionen Negative, 60 000 Positive und 30 000 Dias. Ein eigens eingerichteter Ausstellungsbe-reich thematisiert die wissenschaftliche Arbeit am Nachlass.

Die Ausstellung läuft noch bis zum 14. September im Rheinischen Landesmuseum für Archäologie, Kunst- und Kulturgeschichte, Colmantstr. 14-16, 53115 Bonn. Katalog: Jupp Darchinger. Das Auge der Republik, hrsg. von Anja Kruke für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Bonn, Bonn 2025, circa 96 Seiten, ISBN 978-3-8012-0710-6, voraussichtlich 22,00 Euro **MM**



Raumpflegerin im Plenarsaal des Deutschen Bundestages nach der Sitzung am 17. Juni 1971



Josef Heinrich „Jupp“ Darchinger (1925 – 2013)

© Rheinisches Landesmuseum Bonn (2)

Weiterbildung des SV Düsseldorf

Düsseldorf 1945. ÜberLeben in der Stadt

Bei sommerlichen Temperaturen erlebte der Stadtverband Düsseldorf in der Mahn- und Gedenkstätte an der Düsseldorfer Mühlenstraße eine Führung durch die Sonderausstellung „Düsseldorf 1945. ÜberLeben in der Stadt“. Im historischen Luftschutzbunker des früheren Stadthauses werden schlaglichtartig die Erlebnisse von neun Personen in den letzten Kriegswochen bis zur Befreiung am 17. April 1945 in den Blick genommen. Durch die Perspektive von Düsseldorferinnen und Düsseldorfern an acht konkreten Tagen bekamen Interessierte ganz persönliche Eindrücke vom Kriegsende in der Stadt.

Zu diesen neun Menschen gehörte die untergetauchte **Erna Etscheit**, die am 4. März 1945 erstmals wieder in dem Wissen aufwacht, dass sie als Jüdin in Oberkassel frei ist. Die amerikanischen Truppen hatten am Tag zuvor in den linksrheinischen Stadtteilen den Rhein erreicht. Der Fluss wurde für die folgenden sechs Wochen zur Kampflinie, da Deutsche und Amerikaner wechselseitig die Stadtteile unter Artilleriebeschuss nahmen.



Interessierte des SV Düsseldorf während der Führung durch die Ausstellung

Während im Linksrheinischen der Nationalsozialismus bereits beendet war, erlebten die Menschen auf der anderen Rheinseite, wie sich die Anhänger des Regimes in den letzten Kriegswochen noch einmal dramatisch radikalisierten. Menschen wie **Else Gores**, die einen Freund versteckte, oder **Erna Schulhoff**, die ihren jüdischen Ehemann verbarg, waren unmittelbar gefährdet.

Die Ausstellung nimmt aber nicht nur die Verfolgten in den Blick. Es werden auch Biografien von drei Tätern vorgestellt, wie die des Polizisten **Victor Harnischfeger**, der in den letzten Kriegswochen noch Zwangsarbeiter im Düsseldorfer Hafen und im Kalkumer Wald persönlich erschoss. Neben den Schilderungen aus dem Leben der Menschen finden sich in der

Ausstellung auch Texte, die die Hintergründe zum Leben in Düsseldorf im Frühjahr 1945 erläutern. Der zunehmende Terror gegen die Bevölkerung, die immer schlechter werdende Versorgungslage und dann das Leben in der unmittelbar befreiten Stadt. Während es vor allem Perspektiven aus der belagerten Stadt sind, zeigt eine Ausstellungseinheit mit zeitgenössischem Filmmaterial der US-Truppen den Blick der Amerikaner auf die Kampfhandlungen und die einzunehmende Stadt.

Die Ausstellung wurde von **Dr. Bastian Fleermann**, **Dr. Andrea Ditchen**, **Astrid Hirsch-von Borries**, **Hildegard Jakobs** und **Jona Winstroth** kuratiert und ist bis zum 28. September 2025 zu sehen. Die Öffnungszeiten der Mahn- und Gedenkstätte sind sonntags, dienstags bis freitags von 11 bis 17 Uhr und samstags von 13 bis 17 Uhr, montags geschlossen. Der historische Luftschutzbunker ist aus denkmalrechtlichen Gründen nicht barrierefrei. Der Eintritt ist frei.



© Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf

Die Kuratorin Hildegard Jakobs während der Ausstellungseröffnung

MM



Analyse zur Attraktivität des Wehrdienstes

Kampagnenfoto zum Veteranentag

Einmal dabei, immer Familie?

Gut ein Jahr nachdem der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit dessen Einführung beschlossen hat, fand in der Bundesrepublik am 15. Juni 2025 der 1. Nationale Veteranentag statt. Von „feiern“ konnte keine Rede sein, gerade einmal 60 Veranstaltungen fanden bundesweit statt, zehn davon in Nordrhein-Westfalen. Wobei viele Veranstaltungen in den Kommunen nur dank löblicher Initiativen örtlicher Veteraninnen und Veteranen auf die Beine gestellt wurden, auch wenn es vielleicht nur ein Infostand auf einem Volksfest war.

Offiziell wird der Begriff Veteranin oder Veteran „weit“ ausgelegt: Laut Tagesbefehl der damaligen Bundesministerin der Verteidigung, **Dr. Ursula von der Leyen**, vom 26. November 2018 wird dabei von einem umfassenden Verständnis des Begriffs „Veteran“ ausgegangen. Dieser umfasst demnach ausdrücklich freiwillig

und (früher) wehrpflichtig Dienstleistende, die mindestens einen Tag in der Bundeswehr gedient haben und ehrenhaft aus dem Dienst entlassen wurden. Danach gibt es in Deutschland rund zehn Millionen Veteraninnen und Veteranen, die sich überwiegend aus früheren Wehrpflichtigen generieren.

Gerade viele „Freiwillige“, also Zeit- und Berufssoldaten, davon insbesondere Einsatzveteranen, tun sich traditionell schwer mit der Anerkennung wehrpflichtig Dienstleistender als gleichwertige Soldaten, Kameraden und somit auch Veteranen. Das wurde in den vergangenen Monaten im Umfeld der Einführung des Veteranentages bei vielen Diskussionen in sozialen Medien oder Internetforen deutlich. Bei dermaßen gehäuften Äußerungen, gediente „Wehrpflichtige wären keine Veteranen“, wären „für das Veteranenabzeichen unwürdig“, sah sich sogar das

Verteidigungsministerium (BMVg) hin und wieder genötigt, klarzustellen, dass den Veteranenbegriff immer noch der Dienstherr definiert und auch wer das Veteranenabzeichen bekomme. Gefechtserprobte Einsatzveteranen erhalten übrigens eine gesonderte Einsatzmedaille. Für das Veteranenabzeichen wäre ein zweiseitiges Antragsformular auszufüllen.

Da war sie wieder, die Zweiklassen-Bundeswehr, die auch der Autor während seines Pflichtdienstes teilweise erleben durfte: Wehrpflichtige weit unten, akzeptiert als „Türaufhalter“ oder zum Frust ablassen, Zeit- oder Berufssoldaten in Führungspositionen oft als „was Besseres“, die Wehrpflichtige gerne als „Faulenzer“ oder „Säufer“ herabwürdigten, wobei ihnen dabei erkennbar die Einsicht fehlte, dass sie für deren unzureichende Ausbildung und wenig sinnstiftende Beschäftigung

oft eigene Verantwortung trugen. So verkam der Pflichtdienst mancherorts zur Verwahrnastalt von jungen Menschen, um sie, angesichts der damals hohen Arbeitslosenquoten, für einen Wehrsold von zuletzt 11,41 Euro pro Tag vom Arbeitsmarkt fernzuhalten. Langeweile und der „gesellschaftliche Querschnitt“ verführten junge Dienstleistende zudem nicht selten zum übermäßigen Alkohol- und/oder Cannabiskonsum.

Und so wundert es nicht, dass nach einer Studie aus 2018, also lange nach Aussetzung der Wehrpflicht 2011, bei einer Umfrage unter Freiwillig Wehrdienstleistenden (FWDL), also überwiegend Mannschaftsdienstgrade mit einer Dienstzeit von 7 bis 23 Monate, sich lediglich 60 Prozent positiv zu ihrem Dienst äußerten und weitere 22 Prozent sich uneins waren, wenn es um die Bewertung der Erfahrungen mit ihrem Wehrdienst

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst
www.kredite-fuer-beamte.de
 oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 08 00-500 98 80

ging. Augenscheinlich hat sich bei der Grundeinstellung des Führungspersonals, der sogenannten „Inneren Führung“, seit Aussetzung der Wehrpflicht nur wenig geändert. Auch ausbildungstechnisch bleibt die Bundeswehr, gerade bei Mannschaftsdienstgraden, späteren Reservisten, unterhalb ihrer Potenziale.

Das fällt der Bundeswehr bei ihrer Nachwuchsgewinnung bereits seit Jahren auf die Füße. Denn vor allem die dienstleistenden Wehrpflichtigen von damals sind die Multiplikatoren von heute. Und so verwundert es kaum, dass deren Kinder und Enkel sich unter diesen Rahmenbedingungen nach der Schule lieber für „Work and Travel“ entscheiden oder gleich eine Ausbildung oder Studium aufnehmen.

Hilfsweise soll nun die Wiedereinführung der Wehrpflicht die Reihen wieder

schließen. Allerdings kommt bei dieser Diskussion bisher zu kurz, dass damals wehrpflichtig Dienstleistende ihre „Motivation zum Dienen“ vielfach aus der Androhung von Freiheitsstrafen (StGB, WStGB) generierten. Sie mussten Entbehrungen auf sich nehmen, unter Umständen für ihren Dienst eine Ausbildung, Studium oder Berufstätigkeit abbrechen, wurden während ihrer Dienstzeit schlechter behandelt, unterbeschäftigt sowie geringer besoldet als freiwillig Dienstleistende mit gleichem Dienstgrad. Zudem sind sie durch den geringen Rentenbeitrag des Dienstherrn (60 Prozent der monatlichen Bezugsgröße) sowie den späteren Berufs(wieder)einstieg und folglich signifikant geringeren Verdienst (statistisch fünf bis zehn Prozent) bei der Rente schlechtergestellt, als wenn sie stattdessen ihrer Berufstätigkeit nachgegangen

wären oder unmittelbar nach der Schule eine Ausbildung/ Studium aufgenommen hätten. Auch wurde durch die fehlende zivilberufliche Anerkennung der rudimentären, militärischen Ausbildung keine adäquate Kompensation für den zivilen Berufsaufstieg erreicht. Materiell fehlt damaligen Dienstverpflichteten, auf die Lebensarbeitszeit gerechnet, zum Rentenbeginn ferner auch ein ganzer Jahresverdienst.

Wir dürfen also auf die weiteren Entwürfe der Bundesregierung gespannt sein, einen sinnstiftenden und qualitativ hochwertigen Pflichtdienst einzuführen, der die ehrenvolle Formel von der Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung tatsächlich mit Leben füllt und zugleich, als Ausgleich für ihre Entbehrungen, auch einen zivilberuflich-adäquaten Mehrwert für junge Menschen

bereithält. Hierzu gehört auch eine entsprechende Einstellung des Führungspersonals der Bundeswehr, welches die Dienstleistenden als gleichwertige Kameraden, als „Bundeswehr-Familie“, betrachtet, die man persönlich sowie militär- und berufsfachlich weiterentwickeln möchte. Bleibt abzuwarten, mit welcher kreativen Ideen junge Menschen für ihren Dienst motiviert werden sollen. Kaum funktionieren wird es, wie damals schon, nur mit Führerscheinen und zweifelhaften Qualifikationsmaßnahmen (BFD) zu locken und diese „Benefits“ dann nur sehr willkürlich zu gewähren: Aus dienstlichen Gegebenheiten heraus, nur auf langer Warteliste, aus Kostengründen oder weil sie einfach „nur ein Wehrpflichtiger“ bekommen soll. Der aktuelle Gesetzentwurf unserer Bundesregierung sieht diese Maßnahmen daher gar nicht erst vor.

MM

Modernisierung

Auf der Zielgeraden

Modernisierungsoffensive für den öffentlichen Dienst

Seit August 2023 haben mehrere Werkstattgespräche zwischen der Landesregierung und den Gewerkschaften auf Arbeitsebene zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes stattgefunden. Im Juni gab es einen weiteren Austausch mit dem Staatssekretär im Finanzministerium, Herrn **Dr. Günnewig**, und der Staatssekretärin im Innenministerium, Frau **Dr. Lesmeister**, zum aktuellen Stand und weiteren Verfahren.

In den Gesprächen wurden folgende zentrale Themen behandelt, um den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen: Arbeitszeit, Altersgeld, JobRad, New Work – mit den Themen Homeoffice und Co-Working – und das Zulagenwesen. Zu diesen Themen haben wir

Lösungswege erörtert und Handlungsvorschläge entwickelt. Am Ende soll eine Entscheidungsgrundlage des Finanzministeriums für die Landesregierung stehen.

Die Werkstattgespräche sind deutlich zielführender geführt worden als in der Vergangenheit. Die Vorschläge der Gewerkschaften wurden ernsthaft erörtert. Noch ist offen, welche Handlungsoptionen sich aus den Gesprächen tatsächlich ergeben und was letztlich auch umgesetzt wird. Die Gewerkschaften haben sehr deutlich gemacht, dass es am Ende der Gespräche handfeste Ergebnisse geben muss und die Reduzierung der Wochenarbeitszeit dabei ein zentrales Anliegen der Gewerkschaften ist und bleibt.



Wie geplant, wurden die Werkstattgespräche bis Mitte dieses Jahres abgeschlossen. Die gemeinsam erarbeiteten Handlungspapiere werden weiter ausgearbeitet sowie nach der Sommerpause abschließend besprochen und der Landes-

regierung zur Entscheidung vorgelegt. Mögliche Handlungsoptionen werden dann in ein Gesamtkonzept einmünden. Sobald konkrete Ergebnisse vorliegen, werden wir weiter informieren.

MM

Gespräche mit Funktions- und Entscheidungsträgern

Networking auf dem kurzen Dienstweg

Nicht nur übereinander sprechen, sondern miteinander. Auch für den DBB NRW und seine Fachgewerkschaften ist ein steter Austausch mit der Kommunal-, aber vor allem auch mit der Landespolitik besonders wichtig, um einerseits für die Interessen der organisierten Mitgliedschaft zu werben und

zugleich über eigene Arbeit und Standpunkte zu informieren. Hierfür boten die Sommerfeste der demokratischen Landtagsfraktionen in den vergangenen Wochen eine ideale Umgebung. Auf den Sommerfesten von SPD, FDP und CDU im NRW-Landtag waren unsere Vertreter in einer hohen Anzahl anwe-

send und kamen mit zahlreichen Mandats- und Entscheidungsträgern ins Gespräch. Durch das neudeutsche Networking werden letztlich Kontakte geknüpft und gepflegt, Gesprächskanäle aufgebaut und nötiges Vertrauen geschaffen, um daraus eine konstruktive Zusammenarbeit entstehen zu las-

sen. Gerade für die anstehenden Herausforderungen durch die Modernisierung des öffentlichen Dienstes oder die Tarifverhandlungen der Länder Ende dieses Jahres sind diese Gespräche besonders wichtig, um in der Politik für die Interessen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu werben. **MM**



Prof. Dr. Gerd Hamme (Richterbund NRW) und Roland Staude im Gespräch mit der SPD-Abgeordneten Elisabeth Müller-Witt (Rechtsausschuss)



Sabine Mistler, Astrid Walter-Strietzel und Andrea Sauer-Schnieper im Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten und Generalsekretär der CDU NRW, Paul Ziemiak



Roland Staude im Gespräch mit dem FDP-Abgeordneten Dirk Wedel (Ausschuss für Heimat und Kommunales)

Land und Kommunen

Konzept für zehn Millionen Zuschauer

Bereit für Olympia an Rhein und Ruhr

Nordrhein-Westfalen ist bereit für Olympische und Paralympische Spiele. Am Mittwoch, 28. Mai 2025, hat Ministerpräsident **Hendrik Wüst** gemeinsam mit den Spitzen der beteiligten Städte das Konzept für Olympische und Paralympische Spiele an Rhein und Ruhr dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) vorgestellt. Das Konzept ist in enger Zusammenarbeit mit Kommunen, Fachleuten sowie Athletinnen und Athleten entstanden und wurde offiziell eingereicht. Viele Städte der Region haben bereits Ratsbeschlüsse zur Unterstützung der Bewerbung gefasst – unter dem Vorbehalt der Finanzierung und Bürgerbeteiligung.

Mit spektakulären Sportstätten bringt Nordrhein-

Westfalen den olympischen Geist eindrucksvoll zu den Menschen. So würden die Schwimmwettbewerbe vor 60 000 Zuschauern in der Arena Gelsenkirchen stattfinden – noch nie zuvor in der olympischen Geschichte wurde diese Disziplin vor mehr Menschen gezeigt. Die Finals im Handball, Basketball und Volleyball würden vor einer Rekordkulisse in der Merkur Spiel-Arena in Düsseldorf ausgerichtet. Die Reitsportanlage auf der Aachener Soers zählt bereits jetzt zu den renommiertesten Sportstätten, die der internationale Reitsport zu bieten hat. Auch der Parasport würde eine einzigartige und atemberaubende Kulisse erleben, mit Finals verschiedener Disziplinen vor 18 000 Menschen in der

Lanxess Arena in Köln und Blindenfußball auf den Düsseldorfer Rheinwiesen. So sportbegeistert die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind, so nachhaltig sind die Sportstätten im Land. Rund 95 Prozent der für die Olympischen und Paralympischen Spiele notwendigen Sportstätten würden bestehende oder temporär ertüchtigte oder errichtete Sportstätten sein.

Für die Leichtathletik-Wettkämpfe soll ein temporäres Stadion mit angrenzendem olympischen und paralympischen Dorf entstehen, das anschließend in ein Stadtquartier mit Wohnungen, Gewerbe und sozialer Infrastruktur umfunktioniert werden soll. Für diesen zentralen und nachhaltigen

Ort kommen mit Köln und Essen sogar zwei Städte in Nordrhein-Westfalen infrage. Ebenfalls besonders: 90 Prozent der Athletinnen und Athleten können ihre Wettkampfstätten vom olympischen und paralympischen Dorf in rund einer Stunde erreichen.

Nordrhein-Westfalen ist Sportland Nummer 1: Knapp zwölf Millionen Menschen treiben in Nordrhein-Westfalen regelmäßig Sport – mehr als in jedem anderen Bundesland in Deutschland. Rund 500 000 Menschen engagieren sich ehrenamtlich im Sport. Der Landessportbund NRW verfügt durch seine 130 Mitgliedsorganisationen und 17 450 Sportvereine über mehr als fünf Millionen Mitglieder. Nordrhein-Westfalen ist außerdem regelmäßig Gastgeber von internationalen Sportgroßevents – zum Beispiel fanden hier mit den FISU World University Games die „Olympischen Spiele“ der Studierenden statt. Sie sind das



Präsentation der Bewerbung für Olympia an Rhein und Ruhr durch Vertreter der Landesregierung und beteiligten Kommunen in NRW

Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Groß-Straße 24, 40219 Düsseldorf, Roland Staude (1. Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@dbb-nrw.de. **Internet:** www.dbb-nrw.de.

Chefredaktion: Marcus Michel

Redaktion: Roland Staude, Michael Nabbefeld, Christian Kratzsch

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de.

E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigen-disposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 47, gültig ab 1.1.2025. **Ständige Beilage:** dbb magazin. ISSN 1438-2989

drittgrößte Multisportevent der Welt – nach den Olympischen und Paralympischen Spielen. 42 Bundesligavereine in den Profiligen sind in Nordrhein-

Westfalen zu Hause. Die dazugehörige Fankultur hat starke Wurzeln und schließt Menschen aus aller Welt ein. Jahr für Jahr machen sie nationale

oder internationale Sportgroßereignisse zu besonderen Highlights. Diese Begeisterung der Menschen soll auch auf die Olympischen und Paralympi-

schen Spiele übertragen werden. Eine verbindliche Bürgerbeteiligung ist deshalb zentraler Punkt der Bewerbung der Region Rhein/Ruhr. MM

Kreisverband Wesel

KV Wesel

Im Dialog mit den Landratskandidaten Ingo Brohl (CDU) und Dr. Peter Paic (SPD)

Der Vorstand des DBB Kreisverbandes (KV) Wesel hat sich im Rahmen eines politischen Dialogs mit den beiden Landratskandidaten **Ingo Brohl** (CDU), amtierender Landrat, und **Dr. Peter Paic** (SPD) zu einem offenen Austausch getroffen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen zentrale Zukunfts- und Gesellschaftsthemen, die für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sowie für die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Wesel von großer Bedeutung sind.

Die Gesprächsrunde wurde vom KV Wesel initiiert, um den politischen Dialog zu fördern und konkrete Positionen der Kandidaten zu erfahren. In sachlicher und konstruktiver Atmosphäre wurden Themen wie Wirtschaft und Struktur-

wandel, Verkehr und Mobilität, Umwelt, Klima und Naturschutz, Gesundheit und Pflege, Kinder, Jugend und Bildung, Senioren und Soziales, Sicherheit und Ordnung, Verwaltung und Bürgernähe, Integration und Vielfalt sowie Zukunftsthemen intensiv diskutiert.

„Gerade in Zeiten großer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umbrüche ist es wichtig, dass Politik und öffentlicher Dienst im engen Austausch bleiben“, betonte **Michael Nabbefeld**, Vorsitzender des DBB Kreisverbandes Wesel.

Ein gemeinsames Foto mit Ingo Brohl und Dr. Peter Paic dokumentiert den offenen und respektvollen Austausch (siehe rechts). Der KV Wesel dankt

beiden Kandidaten für ihre Zeit und ihr Interesse an den Belangen der Beschäftigten im öf-

fentlichen Dienst sowie an den Zukunftsfragen unserer Region. MN



Der Landratskandidat der SPD, Dr. Peter Paic, stellt sich vor.



Mitglieder des Kreisverbandes mit Landrat Ingo Brohl (CDU)

© DBB KV Wesel(2)